Pressemitteilung der Stadt Wernigerode
Wernigerode, 25.04.2016

Stellungnahme der Stadt Wernigerode zur Berichterstattung in der Volksstimme sowie zu den Diskussionen in den Ausschüssen zum Projekt „City-Streife“ (Hauptausschussvorlage)

Die Drucksache ist gemeinsam von Einreicher und Fachamt erarbeitet worden und fußt auf Erfahrungen der vergangenen Jahre, in denen punktuell nach Bedarf zusätzliche nächtliche Bestreifungen im Stadtgebiet organisiert wurden. Ziel war und ist es dabei insbesondere städtische Liegenschaften und Vandalismus-Schwerpunkte zu kontrollieren. Die Verwaltung hat dies im Rahmen ihrer eigenen Zuständigkeit bisher selbständig ausgelöst und verantwortet. Im Rahmen der jetzigen Diskussion ist die Beschlussvorlage insbesondere deshalb politisch diskutiert worden, weil es aus Sicht des Einreichers eine stärkere Forderung aus der Bürgerschaft und der Politik nach einer institutionalisierten nächtlichen Bestreifung gibt.

In der Sondersitzung des Ordnungsausschusses am vergangenen Dienstag sollte die Vorlage in ihren Zusammenhängen dargestellt und erste Gegenargumente besprochen werden. Dabei stellte sich heraus, dass die Vorlage zwischen den Fraktionen noch nicht ausreichend abgestimmt war und offenbar erhebliche Vorbehalte bestanden, dies dokumentiert sich u.a. in einer Änderungsvorlage. Die Gefahr einer Ablehnung der Vorlage im Ausschuss war relativ hoch. Eine vermutliche spätere Ablehnung der Beschlussvorlage durch den Hauptausschuss hätte zur Folge gehabt, dass der Beschluss für 6 Monate gesperrt gewesen wäre. Dies sollte aus Sicht der Verwaltung und des Einreichers vermieden werden. Durch die Rücknahme der Vorlage durch den Einreicher kann das Thema jederzeit wieder auf die Tagesordnung genommen werden.

Die Verwaltung hatte kommuniziert, dass im Rahmen der bisherigen Praxis die Organisation einer solchen Streife auch ohne Beschluss vorgenommen werden kann. In diesem Fall eines Modellprojekts soll dies jedoch nur in Abstimmung mit dem Stadtrat geschehen. Der Bedarf soll nun nach der zustimmenden Diskussion im Hauptausschuss durch das Ordnungsamt geprüft und begründet werden.